

1 **39. Parteitag der CDU Thüringen**

2 **Initiativantrag des Landesvorstandes**

3

4 **Beschluss:**

5 **Bekennnis der CDU Thüringen zu Israel und gegen Antisemitismus:**

6 **Wir stehen an der Seite Israels!**

7

8 Am 7. Oktober 2023 hat die Terrororganisation Hamas in einem nie dagewesenen Ausmaß  
9 den Staat Israel aus der Luft, vom Meer und am Boden angegriffen. Tausende Raketen wurden  
10 auf das Gebiet Israels abgefeuert. Das barbarische und abscheuliche Massaker der Hamas am  
11 Boden ist mit weit über tausend Toten der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit  
12 dem Holocaust. Von mehr als 200 Personen, darunter sehr vielen Kindern und Babys, die von  
13 der Hamas verschleppt wurden, fehlt nach wie vor jede Spur und letztlich die Gewissheit, ob  
14 sie noch leben. Die Berichte über das, was den Opfern angetan und die Hinterbliebenen  
15 ertragen müssen, lassen jede Menschlichkeit vermissen. Menschen wurden verstümmelt,  
16 vergewaltigt, gefoltert, getötet, abgeschlachtet, verbrannt. Diese Menschen hatten keinen  
17 Sicherheitskorridor, diese Menschen wurden nicht gewarnt, diese Menschen hatten keine  
18 Chance, ihren Mördern zu entkommen. Mit diesem Terrorangriff hat die Hamas Israel den  
19 Krieg erklärt.

20 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat mit der Resolution unter dem Leitwort „**Wir**  
21 **stehen an der Seite Israels**“ vom 9. Oktober 2023 ein deutliches Zeichen gegen  
22 antisemitischen Hass und Terror gesetzt. **Diese Resolution unterstützen wir**  
23 **vollumfänglich.**

24 Angesichts der Gräueltaten in Israel ist es unerträglich, dass schon kurz nach dem Massaker  
25 nicht nur in Gaza, sondern auch in Deutschland auf den Straßen die Täter gefeiert,  
26 antisemitische Parolen gegrölt und die Vernichtung Israels skandiert wurde. **Das darf nie**  
27 **wieder passieren!**

28 Aber nicht nur radikale Islamisten haben sich mit den Terroristen auf den Straßen und im  
29 Internet solidarisiert. Auch andere Gruppen, darunter auch sogenannte Klimaaktivisten  
30 haben durch propalästinensische Kundgebungen und teilweise auch unter dem Deckmantel  
31 der Humanität für Gaza die Opfer in Israel auf das Widerlichste verhöhnt und antisemitische  
32 Narrative bedient. Wer ein „Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer“ (from the river to the  
33 sea, Palestine will be free) fordert, ruft zur Vernichtung Israels auf und billigt die Gewalt und  
34 den Terror. **Das dürfen wir nicht dulden!**

35 Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Zuwanderung und Migration, das zu lange  
36 vernachlässigt wurde. Antisemitismus kennen wir auch bei Rechtsextremisten,  
37 Linksextremisten und bei Anhängern von Verschwörungstheorien. Der Nahostkonflikt ist seit  
38 vielen Jahrzehnten eine große Herausforderung der internationalen Politik. Kein politischer  
39 Konflikt rechtfertigt diese Verachtung und den feigen Massenmord an über tausend  
40 unschuldigen Menschen. Wir erleben teilweise auch in öffentlichen Diskussionen und in den  
41 Medien den Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr. Die Grenze zwischen Kritik an Israel und  
42 Antisemitismus wird dabei oft überschritten.

43 Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft. Der  
44 Rechtsstaat muss klar zeigen, dass es keine falsche Toleranz gibt. Resonanzräume für  
45 Antisemitismus müssen jetzt geschlossen werden. Nirgendwo in Deutschland darf es möglich  
46 sein, ungehindert und ungestraft antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten und  
47 Terrorismus zu verherrlichen. Der Rechtsstaat muss von seinen Möglichkeiten Gebrauch  
48 machen, sodass die roten Linien nicht weiter überschritten und Tabus nicht weiter gebrochen  
49 werden.

50 **Unser Standpunkt ist klar: Israels hat unsere volle Solidarität und ein**  
51 **Selbstverteidigungsrecht!**

52 Die Existenz und damit auch die Sicherheit des Staates Israels ist deutsche Staatsräson und  
53 gehört untrennbar zu den Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.  
54 Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung, die wir als CDU  
55 als Teil unserer christdemokratischen Identität annehmen.

56 Unsere Partnerschaft mit Israel basiert auf gemeinsamen demokratischen Werten. Dazu  
57 gehört z.B. auch die Religionsfreiheit. Wir erkennen an, dass Israel ein völkerrechtlich  
58 verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung hat. Deutschland muss dabei ein starker und  
59 verlässlicher Verbündeter sein. **Wenn das Existenzrecht Israels bedroht ist, gibt es für**  
60 **Deutschland nur einen Platz: An der Seite Israels.**

61 Jüdisches Leben, jüdische Einrichtungen und die jüdische Kultur gehören zu Deutschland  
62 und zu Thüringen: Die wahrscheinlich älteste und am besten erhaltene Synagoge Europas  
63 steht in Erfurt. Die alte Synagoge ist seit September 2023 UNESCO-Welterbe. Niemand darf  
64 wegen seines jüdischen Glaubens Angst haben, in Deutschland und Thüringen zu leben.

65 **Unsere Forderungen:**

- 66 • Harte Konsequenzen für Terroristen und ihre Unterstützer: Das geltende Strafrecht muss  
67 dringend angewendet werden. Wir unterstützen zudem den Vorstoß der CDU-  
68 Landtagsfraktion, Antisemitismus härter zu bestrafen. Sympathiewerbung für Terror-  
69 Organisationen muss unter Strafe gestellt werden. Der Straftatbestand des  
70 Landfriedensbruchs muss so ausgestaltet werden, dass auch die Beteiligung an einer  
71 feindseligen Menschenmenge wieder unter Strafe gestellt wird. Dem **Missbrauch des**  
72 **Demonstrationsrechts** zur Gewaltverherrlichung und Solidarisierung soll so Einhalt  
73 geboten werden.
- 74 • Bei **Einbürgerungen** ist das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung  
75 erforderlich. Jegliche Form von Antisemitismus ist mit dem demokratischen  
76 Grundverständnis unvereinbar. Das **Bekenntnis zum Existenzrecht Israels** ist in dem  
77 Zusammenhang unerlässlich.
- 78 • Alle direkten und indirekten **Zahlungen Deutschlands und der EU an staatliche und**  
79 **nicht-staatliche Organisationen der Palästinenser**, die geeignet sind, den Terror der  
80 Hamas zu unterstützen, sind einzustellen. Nur wer sich klar und zweifelsfrei von Terror  
81 distanziert und sich zum Existenzrecht Israels bekennt, kann zukünftig finanzielle  
82 Unterstützung vom deutschen Steuerzahler erhalten.
- 83 • **Muslimische Organisationen und Verbände** in Deutschland fordern wir auf, sich klar und  
84 unmissverständlich von der Gewalt der Hamas in Israel zu distanzieren. Von den  
85 Islamverbänden darf es in Worten und Taten keine Zweideutigkeiten mehr geben: Der

86 Terrorismus der Hamas muss schärfstens verurteilt werden. Sämtliche  
87 Sympathiebekundungen für die Hamas und ihre Taten müssen unterbunden bzw.  
88 sanktioniert werden.

89 • Wir brauchen De-Radikalisierungskonzepte in unseren Justizvollzugsanstalten. Selbst  
90 unsere Gefängnisse dürfen kein Ort der weiteren Radikalisierung sein. Die Abkehr von  
91 Antisemitismus muss für verurteilte Straftäter ein Bestandteil ihrer Rückkehr in die  
92 Gesellschaft sein.

93 • Wir fordern eine bessere Erfassung **antisemitischer Vorfälle**. Für die Erhebung und  
94 Dokumentation sind dabei bundesweite einheitliche Maßstäbe und Definitionen  
95 unerlässlich.

96 • **Bildung ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Hass und Antisemitismus:** Es braucht  
97 spezielle Fortbildungsangebote und Materialien in leichter Sprache zu diesem Thema.  
98 Schülerinnen und Schüler müssen altersgerecht informiert werden, um die Situation in  
99 Israel und den geschichtlichen Hintergrund angemessen beurteilen zu können. Schulen  
100 müssen Orte des Friedens und der Toleranz sein, an denen Hass und Antisemitismus  
101 keinen Platz hat. Die von der Thüringer Linkskoalition geplante Kürzung im Fach  
102 Sozialkunde ist das völlig falsche Signal. Politische Bildung darf nicht fakultativ, sondern  
103 muss verpflichtend sein.

104 • **Universitäten** müssen im Kampf gegen Antisemitismus so unterstützt werden, dass  
105 unbürokratisches und schnelles Eingreifen im Falle antisemitischer Vorfälle ermöglicht  
106 wird. Neben der generellen Strafverfolgung sollten auch Exmatrikulationen als Mittel der  
107 Konsequenz in Betracht gezogen werden.

108 • Muslimischer Antisemitismus muss bei der **Integration** vor allem junger Menschen  
109 stärker in den Blick genommen werden. Dazu braucht es zusätzliche Schulungen sowie  
110 Aufklärungs- und Bildungsarbeit für Verantwortliche in der **Kinder- und Jugendarbeit**. In  
111 allen Bereichen, in denen muslimische Migranten betreut werden, braucht es eine  
112 größere Sensibilität.

113 • Der **deutsch-israelische Austausch** ist ein wichtiges Instrument für Verständigung und  
114 Frieden. Da angesichts der aktuellen Lage keine Schulklassen oder Gruppen nach Israel  
115 reisen können, müssen andere Formen des **interkulturellen Austausches** stattfinden. So  
116 könnten Projekte initiiert oder gefördert werden, bei denen bspw. junge Israelis nach  
117 Deutschland eingeladen werden, um in Schulen oder anderen Einrichtungen mit Kindern,  
118 Jugendlichen aber auch Erwachsenen in den Dialog zu treten.

119 • Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative, das von der Bundesregierung geplante **Deutsch-**  
120 **Israelische Jugendwerk am Standort Weimar** zu errichten.

121 • **Erinnerungsorte und Gedenkstätten in Thüringen**, aber auch Bildungswerke und die  
122 Landeszentrale für politische Bildung leisten seit vielen Jahren einen wertvollen Beitrag  
123 gegen Antisemitismus in der Gesellschaft. Wir ermutigen alle Akteure, das Engagement zu  
124 intensivieren, die Erinnerungsorte zu erhalten und sagen unsere Unterstützung zu.

125 • Jüdisches Leben zu unterstützen ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern ein **Auftrag**  
126 der gesamten **Zivilgesellschaft**. Das fängt bei jedem Einzelnen an. Wir ermutigen jeden,  
127 sich auch **im Alltag gegen Antisemitismus** in jeder Form zu stellen und zu **bekennen**.

128 **NIE WIEDER IST JETZT!**